

Vielfältige Übereinstimmungen

DPoIG NRW besucht Landesverkehrsminister Krischer

Am 14. November 2022 kam es im Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf zu einem Fachgespräch zwischen Herrn Minister Oliver Krischer und einer Delegation der Deutschen Polizeigewerkschaft Nordrhein-Westfalen (DPoIG NRW), der der DPoIG-NRW-Landesvorsitzende Erich Rettinghaus sowie LPD a. D. Wolfgang Blindenbacher und PD Bernd Heller, beide Mitglieder der DPoIG-NRW-Expertengruppe Verkehr, angehörten. Vor Eintritt in die Agenda bedankte sich der DPoIG-NRW-Landesvorsitzende Erich Rettinghaus für die eingeräumte Möglichkeit des Fachgesprächs. Es herrschte Übereinstimmung darin, dass sich das Ziel, die Zahl der in Deutschland im Straßenverkehr Verunglückten zu senken, auch weiterhin als herausfordernd darstellt. Wenn man diesbezüglich erfolgreich sein will, sind Rahmenbedingungen zu schaffen, die dieses Ziel unterstützen. Damit korrespondierend waren von der DPoIG NRW folgende Themen für die Agenda gewählt worden: Abschnittskontrollen auch in NRW, kostenfreier ÖPNV ab 75, Sicherheit beim Pedelecfahren, Wiederbeleben des Verkehrsunterrichtes und generelle Geschwindigkeitslimits.

Impressum:

Redaktion:
Sascha Gerhardt (v. i. S. d. P.)
Tel.: 0163.1597230
E-Mail: redakteur@dpolig-nrw.de
Landesgeschäftsstelle:
Graf-Adolf-Platz 6
40213 Düsseldorf
Tel.: 0211.93368667
Fax: 0211.93368679
Internet: www.dpolig-nrw.de
ISSN 0723-1822

▀ Abschnittskontrollen

Die Sinnhaftigkeit der Abschnittskontrolle („Section Control“), die insbesondere für Unfallhäufungsstrecken geeignet ist, da sie die Einhaltung der jeweils durchschnittlich zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf der gesamten Länge der überwachten Streckenabschnitte gewährleistet, wurde von allen Gesprächsteilnehmern gleichermaßen gesehen. Erkenntnisse aus Niedersachsen sowie aus europäischen Ländern wie Österreich, der Schweiz, Großbritannien und den Niederlanden bestätigen, dass Abschnittskontrollen eine nachhaltig positive Wirkung auf die Verkehrssicherheit haben.

Hinsichtlich einer möglichen Einführung der Abschnittskontrolle in Nordrhein-Westfalen sagte Herr Minister Krischer zu, sich diesbezüglich auch mit dem Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen kurzzuschließen, der für eine nordrhein-westfälische Rechtsgrundlage für die Abschnittskontrolle zuständig wäre. DPoIG-NRW-Landesvorsitzender Erich Rettinghaus: „Wir wünschen uns, dass die gerechtere Form der Durchschnittsgeschwindigkeitsmessung alsbald auch in Nordrhein-Westfalen realisiert wird.“

▀ Kostenfreier ÖPNV für „Risikogruppe 75+“

Sodann wurde das Thema „Kostenfreier ÖPNV ab 75“ angesprochen. Die Ausgangslage ist dadurch gekennzeichnet, dass die demografische Entwicklung in Deutschland zu



▸ Oliver Krischer, Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (Zweiter von links), Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der DPoIG NRW (Zweiter von rechts), LPD a. D. Wolfgang Blindenbacher (links) und PD Bernd Heller (rechts), beide DPoIG-NRW-Expertengruppe

einer anteilig höheren Zahl lebensälterer Menschen führt. Die personenbezogenen Fahreignungsfähigkeiten nehmen im Alter oftmals „schleichend“ ab; das zeigt sich insbesondere bei der „Risikogruppe 75+“. In dieser Altersgruppe entspricht einer Studie zufolge die Unfallbeteiligung derer, die im Jahr weniger als 3 000 km fahren, der Unfallauffälligkeit der besonders risikobehafteten Gruppe „Junge Fahrer“. Als Lösung wurde seitens der DPoIG NRW angedacht, eine ÖPNV-Freifahrtregelung für die „Altersgruppe 75+“ zu initiieren. Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion zum „49-Euro-Ticket“ wird dieser Ansatz „Kostenfreier ÖPNV ab 75“ jedoch zunächst nicht weiterverfolgt; er kann gegebenenfalls „nachgeschoben“ werden.

▀ Reduktion der Unfälle mit Pedelecs

Mit „Pedelec nutzen, aber sicher!“ war der nächste Agendapunkt überschrieben.

Pedelecs nehmen laut Zweirad-Industrie-Verband inzwischen einen Anteil von mehr als 40 Prozent im Bereich des Gesamtfahrradmarktes ein. Verkehrsunfälle mit Personenschäden unter Beteiligung dieser Fahrzeuge steigen seit Jahren kontinuierlich an, dabei liegt das Verletzungsrisiko erheblich über dem bei Unfällen mit nicht motorisierten Fahrrädern. Das findet seinen Grund darin, dass sich die Handhabung von Pedelecs im Vergleich zu nicht motorisierten Fahrrädern herausfordernder darstellt. Man war sich in der Gesprächsrunde darin einig, dass verstärkt über die Gefahren der Nutzung von Pedelecs aufzuklären sei, beispielsweise im Rahmen von Fahrsicherheitstrainings. Hinsichtlich der Anregung, eine Helmpflicht für Pedelec-Nutzende einzuführen, überlegt Herr Minister Krischer nun, eine derartige Regelung über seine Funktion als Vorsitzender der Verkehrsministerkonferenz zu initiieren.

■ Vorladung zum Verkehrsunterricht

Die leider ein wenig in Vergessenheit geratene Verkehrsicherheitsmaßnahme „Vorladung zum Verkehrsunterricht“ folgte als weiteres Thema. Die in § 48 der StVO eröffnete Möglichkeit, beispielsweise durch Expertinnen und Experten der Polizei oder aber auch aus Fahrschulen zielgruppenspezifische Schulungen in Bezug auf die Beachtung von Straßenverkehrsnormen zu realisieren, erreicht auch

Uneinsichtige oder Wiederholungstäterinnen und Wiederholungstäter. So empfahl der 58. Deutsche Verkehrsgerichtstag 2020, bei Aggressionsdelikten im Straßenverkehr unter anderem die Maßnahme „Anordnung von Verkehrsunterricht“ zu nutzen. Herr Verkehrsminister Krischer wird zukünftige Gespräche mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund sowie dem Deutschen Landkreistag unter anderem mit dem Ziel führen, dieses Thema wieder in den Fokus zu rücken.

■ Generelle Höchstgeschwindigkeitsvorgaben

Dann wurden die generellen Höchstgeschwindigkeitsvorgaben innerhalb geschlossener Ortschaften, auf Landstraßen sowie auf Autobahnen diskutiert. Dabei konnte festgestellt werden, dass durch eine weitere Auslegung von Vorgaben bereits jetzt eine Tendenz zu mehr innerorts angeordneten 30-km/h-Strecken zu verzeichnen ist; dies auch ohne eine Umkehrung der Regel-

höchstgeschwindigkeit 50 km/h innerhalb geschlossener Ortschaften in eine Ausnahmehöchstgeschwindigkeit. Sowohl in den zuständigen Verwaltungen wie auch in der Gesellschaft hat ein diesbezügliches Umdenken eingesetzt.

Abschließend wurde festgestellt, dass es zwischen den Beteiligungsteilnehmern durchgängig übereinstimmende Vorstellungen hinsichtlich vieler Felder der Verkehrssicherheitsarbeit gibt. ■

Landesvorstandssitzung in Düsseldorf

Der Landesvorstand diskutiert und berät über zahlreiche gewerkschaftliche Themen, informiert sich aus erster Hand über aktuelle Debatten des Landtags NRW und ehrt langjährige Mitglieder für ihr außerordentliches Engagement.



© Gerhardt

► Der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Marc Lürbke (rechts), berichtete über Aktuelles aus dem Landtag und beantwortete zahlreiche Fragen der Mitglieder des Landesvorstandes.

Anfang November tagte in Düsseldorf im Hotel „Townhouse“ der Landesvorstand der DPoIG NRW.

Der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus begrüßte zu Beginn der Sitzung die Teilnehmer und freute sich,

dass mit Klaus Grützmann auch ein Ehrenmitglied an der Sitzung teilnahm. Dazu begrüßte Erich Rettinghaus mit

Dirk Döring (KV Bochum) und Michael Lieske (KV Mettmann) zwei Kreisverbandsvertreter, die bislang nicht



dem Landesvorstand angehört.

Michael Lieske folgte Udo Kutsche im KV Mettmann als Vorsitzender und ist daher nun Mitglied des Landesvorstandes.

▣ Ehrung von Udo Kutsche (KV Mettmann) und Michael Wenz (KV Wuppertal)

Udo Kutsche und Michael Wenz (KV Wuppertal) wurden durch den Landesvorsitzenden als Gäste begrüßt. Beide wurden im Rahmen der Sitzung aus dem Kreis des Landesvorstandes verabschiedet.

Michael Wenz und Udo Kutsche prägten über viele Jahre ihre Kreisverbände. Beiden gelang es, ihre Verbände zum Kreis der zehn mitgliederstärksten Kreisverbände im Landesverband NRW zu entwickeln. Udo Kutsche gelang es zudem, Vorsitzender des örtlichen Personalrates der Kreispolizeibehörde Mettmann zu werden und sich in diesem Amt mehrfach bestätigen zu lassen. Da Udo Kutsche nunmehr im Ruhestand weilt und Michael Wenz sich im Januar zum Kreis der Pensionäre zählen darf, traten beide nicht mehr in ihren Kreisverbänden zur Wiederwahl an. Beide werden der DPoIG aber weiterhin als aktive Mitglieder erhalten bleiben. Für ihr außergewöhnliches Engagement dankte Erich Rettinghaus beiden und überreichte ihnen ein Präsent.

▣ Urkunde zum 40-jährigen Dienstjubiläum

Noch bevor der Landesvorsitzende die Tagesordnung verabschieden konnte, wurde die Sitzung auf Wunsch von Cornelia Doernemann unterbrochen.



▸ Sebastian Nitz (Vorsitzender KV Wesel, rechts) und Cornelia Doernemann (Landestarifbeauftragte) gratulieren Erich Rettinghaus zum 40-jährigen Dienstjubiläum.

Als freigestelltes Personalratsmitglied der Kreispolizeibehörde Wesel wollte es sich die Landestarifbeauftragte nicht nehmen lassen, Erich Rettinghaus, die Urkunde für 40 Jahre Zugehörigkeit zur Polizei NRW zu übergeben. Der sichtlich überraschte Landesvorsitzende freute sich und nahm die Urkunde gerne entgegen.

▣ Bericht zur Lage mit klaren Aussagen

Nach den erfolgten Ehrungen führte Erich Rettinghaus weiter durch die Tagesordnung. Im Rahmen des Berichts zur Lage ging der Landesvorsitzende auf zahlreiche Themen ein.

▣ Koalitionsvertrag lässt Stagnation erwarten

Insbesondere lenkte er hier den Blick auf die neue Landesregierung und den durch CDU und Grüne geschlossenen Koalitionsvertrag. Dieser enthalte aus der Sicht der DPoIG NRW – außer bei der Verstetigung der Einstellungszahlen – nahezu keine Impulse für die Fortentwicklung der inneren Sicherheit. Nach fünf überwiegend durch Weiterentwicklung geprägte Jahre unter einer schwarz-gel-

ben Landesregierung, lasse sich nun erkennen, dass eine Stagnation droht, machte Erich Rettinghaus deutlich und verbarg seine Enttäuschung darüber nicht.

▣ Roll-out der DEIG zurückgenommen

Eine besondere Enttäuschung sieht die DPoIG NRW in der Rücknahme des Roll-outs der Distanzelektroimpulsgeräte (DEIG). Hier werde deutlich, dass gefasste Beschlüsse der alten Landesregierung revidiert werden – zum eindeutigen Nachteil der Kolleginnen und Kollegen.

Schließlich wurde gerade erst im Rahmen der Veröffentlichung des Bundeslagebildes „Gewalt gegen Polizeibeamte (PVB)“ deutlich, dass die Einführung der DEIG maßgeblich dazu beitragen kann, die Zahl der Übergriffe auf PVB zu reduzieren und schwere Verletzungen zu verhindern (der POLIZEISPIEGEL berichtete). Dennoch entschied sich die Landesregierung dazu, keine weiteren Behörden mit den Geräten auszustatten – aus der Sicht der DPoIG NRW ein Unding, wie Erich Retting-

haus deutlich formulierte. Die DPoIG wird sich weiterhin nachdrücklich dafür einsetzen, die DEIG in allen Behörden vorzuhalten.

▣ Besoldungsstruktur neu fassen

Mit der Zielsetzung der neuen Landesregierung, das Eingangssamt für alle Lehrerinnen und Lehrer mit A 13 festzulegen, wird die DPoIG die Forderung verbinden, die Besoldungsstruktur insgesamt zu überprüfen. Nach Auffassung der DPoIG ist das Eingangssamt der Laufbahngruppe 1 (ehemals gehobener Dienst) bei A 10 anzusiedeln und das Eingangssamt der Laufbahngruppe 2 (ehemals höherer Dienst) bei A 14. Dies hätte zur Folge, dass A 14 das Verzahnungssamt der beiden Laufbahngruppen wäre.

Aber auch die letzte Landesregierung agierte keinesfalls ohne Fehl und Tadel. Auch wenn viel in Ausstattung und Personal investiert wurde, gelang es zum Ende der Legislaturperiode nicht, auch nur ansatzweise ein angemessenes Attraktivitätsgesetz auf die Beine zu stellen.



© Gerhardt

➤ Erich Rettinghaus bedankte sich bei Michael Wenz (links) für dessen langjähriges Engagement als Vorsitzender des Kreisverbandes Wuppertal.

Mit den Vorgaben, die durch die Landesregierung gemacht hat, war das auch gar nicht möglich, klagte der Landesvorsitzende. Schließlich sei vorgegeben worden, dass ein Attraktivitätsgesetz kostenneutral sein müsse.

Dies ließ sich mit den Forderungen der DPoIG nach angemessener Ausgestaltung des Zulagenwesens, der Flexibilisierung und Reduzierung der Arbeitszeit und vielen anderen Aspekten nicht in Einklang bringen.

Herausgekommen ist nach Einschätzung der DPoIG NRW eine klare Ohrfeige für die Polizei.

Besonders deutlich werde dies bei Betrachtung der Langzeitarbeitszeitkonten (LAZ), führte Erich Rettinghaus an. Die geschaffenen Regelungen sind für die Polizei überhaupt nicht akzeptabel. Statt weniger zu arbeiten, sollen Kollegen, die ein LAZ-Konto befüllen wollen, zukünftig sogar mehr Wochenstunden arbeiten. Es soll sogar ein Teil des Urlaubs in das LAZ überführt werden können. Aus der Sicht der DPoIG völlig inakzeptabel, da die Polizei ohnehin zu den besonders belasteten Berufsgruppen gehört und der Urlaub daher unverzichtbar für die Gesunderhaltung

der Beamtinnen und Beamten ist. Zudem wird durch das LAZ nicht einmal gewährleistet, dass alle Überstunden vor dem Verfall geschützt werden, weil viel zu wenige alte Stunden in die Langzeitarbeitszeitkonten überführt werden dürfen. Daher wird die DPoIG auch im PPHR konsequent gegen die Einführung dieser Form der Langzeitarbeitszeitkonten stimmen. Die DPoIG werde aber weiterhin dafür plädieren, dass Anpassungen nach einer Evaluierung der LAZ-Regelungen vorgenommen werden. Diese Überprüfungen hatte Innenminister Herbert Reul ja gegenüber der DPoIG im Rahmen des Landeskongresses im April versprochen (der POLIZEISPIEGEL berichtete).

Ein besonderes Lob sprach Erich Rettinghaus der ehemaligen Landesregierung aber für die Einführung der Fachoberschule Polizei (FOS-Polizei) an Berufskollegs in NRW aus. Nunmehr können Schülerinnen und Schüler mit mittlerem Bildungsabschluss die Chance ergreifen, Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zu werden. Im Verlaufe des Bildungsgangs durchlaufen die Absolventen auch fachpraktische Abschnitte. Leider ist zu beobachten, dass nicht alle Behörden den Schülerinnen

und Schülern sachgerechte Einblicke vermitteln. So wurde aus dem Kreis des Landesvorstandes darüber berichtet, dass die Praktikanten teilweise völlig sachfremd, zum Beispiel beim Kurierdienst oder in Kfz-Stätten eingesetzt würden. Hier wird der Landesverband der DPoIG NRW darauf drängen, dass die Praktika auch die Möglichkeit eröffnen, das Berufsbild sachgerecht kennenzulernen. Nach erfolgreichem Abschluss des Berufskollegs nehmen die Absolventen das dreijährige Bachelorstudium auf. Nach Einschätzung der DPoIG NRW werden die Absolventen der Fachoberschule Polizei hoch motiviert ins Studium gehen, sodass die Abbrecherquote unter diesen Studierenden deutlich geringer ausfallen dürfte, als dies bei den Studierenden der Fall ist, die direkt nach dem Abitur das Studium an der Hochschule für Polizei und Verwaltung aufnehmen.

➤ Quote der Studienabbrecher viel zu hoch

Die Abbrecherquote ist aus der Sicht der DPoIG das größte Problem bei der Gewinnung des polizeilichen Nachwuchses. Daher ist neben der Verstärkung der hohen Zahl der Einstellungen von besonderer Bedeutung, die Zahl der Studienabbrecher zu senken. Die DPoIG macht sich daher schon lange dafür stark, dass im Rahmen des Studiums wieder eine stärkere Bindung der Studierenden an den Polizeiberuf gelingt. Dies kann durch eigene Polizeistudienstandorte erreicht werden. An derartigen Standorten sollte auch eine Unterbringung der Studierenden erfolgen. In einem solchen Konstrukt sollten die Studierenden auch wieder in Uniform den Studienalltag

absolvieren. Hierdurch wird die Identifikation mit dem Polizeiberuf auch bereits im Studienalltag gefördert.

➤ Cannabisfreigabe ruft Kritik der DPoIG NRW hervor

Mit einem Blick in die Bundespolitik kritisierte Erich Rettinghaus die Absicht, Cannabis zum Konsum als Rauschmittel freizugeben und wies die Initiative der Ampelkoalition scharf zurück. Aus der Sicht der DPoIG genügt ein Blick ins Ausland, um die Folgen der Freigabe abschätzen zu können. Gerade am Beispiel der Niederlande wird deutlich, welche Zustände durch eine Freigabe hervorgerufen werden. Aus der Sicht der DPoIG NRW ist ein höheres Einsatzaufkommen zu erwarten, und auch die Zahl der Widerstände und tätlichen Angriffe wird zunehmen, wenn die Cannabisfreigabe kommt. Die Bundesregierung ist zwar fest entschlossen, die Freigabe durchzusetzen. Es ist aber nicht auszuschließen, dass das Vorhaben an europäischen Hürden scheitert.

➤ Marc Lürbke als Gastredner

Nach einer kurzen Pause im Anschluss an den Austausch zum Bericht zur Lage begrüßt Erich Rettinghaus als Gastredner mit Marc Lürbke den stellvertretenden Vorsitzenden und innenpolitischen Sprecher der FDP-Landtagsfraktion.

Zu Beginn seiner Rede machte der Landtagsabgeordnete deutlich, dass in den vergangenen fünf Jahren sicherheitspolitisch viel erreicht werden konnte. Die Polizei und die innere Sicherheit seien aus seiner Sicht jedoch keine Gewinner der neuen Regierungs-



koalition aus CDU und Grünen. Auch wenn Marc Lürbke klar herausstellt, dass die Erhöhung der Einstellungszahlen auf 3 000, wie sie im Koalitionsvertrag verankert ist, absolut richtig sei, betonte er doch, dass es weitere Schritte bedürfe, um den Weg der Stärkung der inneren Sicherheit weiterzugehen.

Hier führte Marc Lürbke unter anderem die landesweite und flächendeckende Ausstattung mit DEIG an. Die Forderung der Landesregierung nach einer Evaluation der DEIG im Hinblick auf ihren Einsatzwert sah der FDP-Politiker als vollkommen entbehrlich an, weil eine solche Evaluation bereits stattgefunden habe. Eindeutig belegt sei die deeskalierende Wirkung der DEIG. Vier von fünf Angriffen auf PVB finden überhaupt nicht statt, wenn die Beamtinnen und Beamten mit den DEIG ausgestattet sind – dies habe der Minister des Innern selbst hervorgehoben, betonte Marc Lürbke.

Leider, so der Politiker, laufe die Debatte rund um die Einführung der Taser nach den Vorkommnissen in Dortmund nun aber in eine völlig andere Richtung.

Nach Auffassung von Marc Lürbke braucht es zudem eine

Ausweitung der Einsatzbereiche sowie der Beschaffung von Drohnen. Für beides will er sich in der laufenden Legislaturperiode einsetzen.

Mit Blick auf die Attraktivitätsoffensive zeigte sich Marc Lürbke durchaus selbstkritisch. Einen deutlichen Verbesserungsbedarf sah er bei den Langzeitarbeitszeitkonten. Zuletzt habe der Minister des Innern, Herbert Reul, nicht mehr an seiner einst geäußerten Forderung vom hundertprozentigen Verfallsschutz von geleisteter Mehrarbeit festgehalten. Das ist aus der Sicht des FDP-Politikers nicht hinnehmbar.

Nach dem Impulsvortrag von Marc Lürbke folgte eine intensive Diskussion, die durch Erich Rettinghaus eröffnet wurde. So äußerte der Vorsitzende der DPoIG NRW klar und deutlich, dass sich bereits jetzt sehr eindeutig zeige, dass die Grünen nach wie vor eine polizeikritische Haltung haben. Daher seien die Erfolge der letzten Legislaturperiode in Gefahr.

Insbesondere werde deutlich, dass die Grünen nicht mehr unbedingt an den Positionen festhalten, die sie noch vor der Wahl formuliert hatten. So forderten sie noch vor der



> Udo Kutsche (rechts) prägte als Vorsitzender des Kreisverbandes Mettmann sowie als Vorsitzender des örtlichen Personalrates der Kreispolizeibehörde Mettmann über viele Jahre die DPoIG sowie die Personalvertretung seiner Behörde. Für sein außerordentliches Engagement dankte ihm der Landesvorsitzende.

Wahl dringende Nachbesserungen bei der Attraktivitätsoffensive. Nach der Wahl machten sie deutlich, dass derartige Positionen nicht im Koalitionsvertrag enthalten seien, sodass für eine Umsetzung dieser Forderung auch kein Spielraum bestehe.

Im Rahmen der weiteren Diskussion wurde Marc Lürbke darüber informiert, dass ein dringender Bedarf für eine bessere Schutzausstattung für Tarifbeschäftigte bestehe. Der Politiker betonte, dass er die Anregungen gerne mitnehme und entsprechende Anfragen stellen werde.

Anmerkung der Redaktion: Der Politiker hat Wort gehalten – die unlängst erfolgte Abfrage über den Bedarf an

Schutzausstattung für Tarifbeschäftigte macht deutlich, dass sich in der Sache etwas bewegt hat. Die DPoIG wird nun sehr genau hinschauen, ob aus den erfolgten Erhebungen auch konkrete Beschaffungen werden.

Im Rahmen eines gemeinsamen Mittagessens wurde der Austausch fortgeführt. Anschließend wurde der Politiker mit Dank verabschiedet und die Sitzung wurde fortgeführt.

Am späten Nachmittag endete dann ein intensiver Sitzungstag des Landesvorstandes der DPoIG NRW, den alle Anwesenden als ausgesprochen bereichernd empfanden, sodass sie zufrieden den Heimweg antraten.

**ANGST? BURNOUT?
DEPRESSION?
REDEN HILFT.**



FLIEDNER KLINIK DÜSSELDORF

Ihre Ambulanz und Tagesklinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik im Gebäude der Schadow-Arkaden

Für Privatversicherte, Beihilfeberechtigte und Selbstzahlende

Besuchen Sie uns auch im Internet



www.fliedner.de



Perspektive Mensch – seit 1844.



Justizvollzugsschule NRW
Josef-Neuberger-Haus

JVS NRW



© Mitschker (3)

> In diesem Jahr war der Lehrgang sehr gut besucht. Frank Mitschker (ganz vorne links sitzend) wünscht sich für den Lehrgang im nächsten Jahr noch mehr Polizistinnen und Polizisten unter den Teilnehmenden.

Gemeinsamer Kampfsport- und Eingriffstechniklehrgang Polizei, Kommunen und Justiz

Der erfahrene Kampfsportler Frank Mitschker (Erster stellvertretender Landesvorsitzender der DPoIG NRW) nimmt am gemeinsamen Lehrgang von Polizei und Justiz teil.

Der Vollzugsdienst von Polizei, Kommunen und Justiz weist in vielen Bereichen durchaus Parallelen auf. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Anwendung von unmittelbarem Zwang in Form der „einfachen körperlichen Gewalt“. Zwar unterscheiden sich die Rechtsgrundlagen zur Anwendung des Zwangs, die Eingriffstechniken indes sind in vielen Fällen deckungsgleich. Somit besteht eine gute Grundlage für die Durchführung gemeinsamer Lehrgänge.

Techniken aus dem Bereich des Ju-Jutsu sowie die Eingriffstechniken der Polizei (ET NRW)

Der diesjährige Landeslehrgang Polizei und Justiz fand dann auch unter starker Beteiligung zahlreicher Teilnehmer aus Justiz und Polizei in der Justizvollzugsschule NRW statt.

Realitätsbezogene Situationen mit Abwehr-, Zugriffs- und



> Befindet sich das polizeiliche Gegenüber in Bodenlage, so führen gezielte Techniken zur vollständigen Kontrolle.

Kontrolltechniken bewältigen zu können, war die primäre Zielsetzung des Lehrgangs in diesem Jahr. Wobei bereits den Teilnehmern durch das Tragen der berufsbezogenen Bekleidung und dem Bodenbelag für die Techniken am Alltag orientierte Voraussetzungen geboten wurden.

Variantenreiche Trainingssequenzen

Zunächst führte der Lehrgangsleiter Silvio Lüttgens aus verschiedenen Positionen Abwehr- und Kontrolltechniken auf engsten Raum vor. Im Vordergrund stand hierbei,



> Die körperliche Überlegenheit eines Angreifers kann durch konsequentes Einschreiten in Verbindung mit adäquaten Eingriffstechniken ausgeglichen werden.

den vorhandenen Reaktionsraum optimal zu nutzen. Im Anschluss wurden Techniken geübt, die ein Zusammenspiel mehrerer Teilnehmer erforderten, um zielgerichtet den Angreifer fixieren zu können.

Am Ende des schweißtreibenden Lehrganges waren sich die Teilnehmer einig, dass sie sich bereits jetzt in spannender Erwartung auf eine Fortsetzung der Lehrgangsreihe im nächsten Jahr freuen.

Der Austragungsort für den nächsten gemeinsamen Lehrgang soll Duisburg werden.

Teilnahme steht allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten offen

Aus der Sicht von Frank Mitschker wäre es wünschenswert, im nächsten Jahr noch mehr Kolleginnen und Kollegen der Polizei als Teilnehmer des Lehrgangs begrüßen zu dürfen. Die Teilnahme steht Angehörigen von Justiz, Polizei und Kommunen offen – weitere Teilnahmebeschränkungen gibt es nicht.

Fortbildungsveranstaltung des KV Minden-Lübbecke mit interessanten Themen

Einmal im Jahr lädt der DPoIG-KV Minden-Lübbecke zu einer Fortbildungsveranstaltung ein, bei welcher aktuelle Themen interessierten Zuhörern anschaulich vorgestellt werden.

In diesem Jahr lud der Kreisvorsitzende Thorsten Ronning in den Vortragssaal der Freiwilligen Feuerwehr Bad Oeynhausen ein und freute sich über zahlreiche interessierte Teilnehmer. Da die Veranstaltung nicht ausschließlich an DPoIG-Mitglieder gerichtet war, fanden sich auch Besucher ein, die bislang noch nicht Angehörige der DPoIG sind.

▀ Vortrag über Elektrokraftfahrzeuge

Nach der Begrüßung durch Thorsten Ronning wurde der erste Vortrag zum Themenbereich rund um Elektro-

kleinstfahrzeuge durch die Referenten Elena Reincke, Astrid Poos und Thorsten Ronning präsentiert. Diese Fahrzeuge erobern mehr und mehr den öffentlichen Verkehrsraum und stellen oftmals Beamtinnen und Beamte in der Rechtsbewertung vor große Probleme.

In rund 90 Minuten stellten die Referenten die Rechtslagen und Problemfelder sehr anschaulich dar und unterlegten diese mit praktischen Beispielen.

Während des Vortrags wurden Getränke und Snacks gereicht

und die Anwesenden, fast ausschließlich jüngeren Kolleginnen und Kollegen, nutzten die Veranstaltung, um zahlreiche Fachfragen zu stellen. Hierdurch konnten viele zuvor bestehende Unklarheiten beseitigt werden.

▀ Vorsorge für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte

Im Anschluss an den Vortrag über Elektrokraftfahrzeuge brachte ein Vertreter des Kooperationspartners der Debeka den anwesenden Kolleginnen und Kollegen das wichtige Thema Vorsorge für Polizeibeamte nahe. Von Krankenversicherungen über Anwartschaften bis hin zur Freien Heilfürsorge wurden den Teilnehmern die Fachbegriffe anschaulich erklärt. Dazu wurde erläutert, welche Vorsorge gerade zu Be-

ginn der polizeilichen Laufbahn benötigt wird und welche Angebote keine essenzielle Bedeutung haben.

Die vielen Fragen, die im Verlaufe des Vortrags gestellt wurden, machten deutlich, wie wichtig die Aufklärung zu diesen Themenkomplexen ist.

Im Anschluss an die Vorträge nutzten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gemeinsam mit den Dozenten die Gelegenheit, bei kühlen Getränken und frischen Bratwürsten vom Grill zusammensitzend und zahlreiche weitere Themen zu erörtern.

Die tolle Resonanz und das positive Feedback zur Veranstaltung ermutigten den Vorstand, auch im nächsten Jahr wieder eine solche Veranstaltung durchzuführen. ▀



▸ Den überwiegend jungen Teilnehmern der Veranstaltung wurden qualitativ hochwertige und zudem interessante Vorträge geboten. Wegen der tollen Resonanz beabsichtigen die Verantwortlichen des Kreisverbandes auch im kommenden Jahr eine Fortbildungsveranstaltung durchzuführen.



Boulderevent des KV Wuppertal

Mit einem Boulderevent startet der DPoIG-Kreisverband Wuppertal eine Reihe von Veranstaltungen, die den Zusammenhalt der Mitglieder fördern und letztlich auch die Mitgliederbindung stärken soll.

Unmittelbar nach der Jahreshauptversammlung im Juni dieses Jahres beschloss der Vorstand des KV Wuppertal,

das Gemeinschaftsgefühl im Kreisverband stärken zu wollen. Erreicht werden soll dieses Ziel durch eine Reihe von Veranstaltungen, die sich unterscheiden und daher auch jeweils völlig andere Zielgruppen unter den Mitgliedern ansprechen sollen.

Hierbei war schnell klar, dass der Kreisverband mit einem Boulderevent starten wollte.

Die stellvertretende Vorsitzende Julia Stang

erklärte sich bereit, die Organisation zu übernehmen.

Nach kurzer Suche war mit der Boulderwelt in Dortmund eine attraktive Location gefunden, bei der zugleich auch ein Trainer für einen 90-minütigen Bouldergrundkurs gebucht werden konnte. Schließlich sollten auch Mitglieder ohne jede Vorerfahrung an dem Event teilnehmen können – ohne Trainer wäre das nur sehr schwer zu realisieren.

Am 22. September fanden sich dann Julia Stang und die gemeldeten Mitglieder in Dortmund ein und wurden zunächst durch den Trainer in die Grundlagen des Boulderns unterwiesen.

Sodann wurde die vermittelte Theorie in der Praxis erprobt

und es stellte sich heraus, dass für jeden geeignete Elemente und Schwierigkeitsgrade vorhanden waren.

Als versierteste Kletterin der Gruppe erwies sich hierbei Julia Stang selbst – allerdings brachte sie auch einige Vorerfahrung mit, sodass die von ihr gezeigte sehr ambitionierte Leistung nicht ganz überraschend kam.

Nach 90 intensiven Minuten endete der Kurs. Zufriedene und erschöpfte Mitglieder machten deutlich, dass es allen großen Spaß gemacht hat und dass es insbesondere schön war, sich einmal abseits dienstlicher Aspekte getroffen zu haben.

Der Vorstand des DPoIG-KV Wuppertal wird nun im Rahmen der nächsten Vorstandssitzung beraten, mit welcher Veranstaltung die nun erfolgreich gestartete Reihe fortgesetzt wird.



> Für einige Kletterer galt es, durchaus auch schwierigere Abschnitte zu meistern. Jeder wurde nach seinen Fähigkeiten gefordert. Auf diese Weise hatten alle Spaß – egal ob Vorerfahrungen bestanden oder nicht.

Der geschäftsführende Landesvorstand und die

Redaktion des POLIZEISPIEGELS wünschen allen

Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest

und ein gutes und insbesondere gesundes Jahr 2023!